

Wien, Freitag, den 14. Jänner 1927.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 14. Jänner 1927.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag 1927.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Bürgermeister Seitz spricht als nächste Rednerin in der Spezialdebatte über die Gruppe Wohlfahrtswesen Frau Gemeinderätin Schlösinger. Ihre Ausführungen beschäftigen sich insbesondere mit der Jugendfürsorge. Darin ist eine deutliche Bevorzugung der Anstaltsfürsorge zu erblicken. Die Pflegebeiträge, Pflegegelder und Verpflegskosten, wie auch die Geld- und Sachhaushilfen, seien, wie sie das Budget vorsieht, zu gering. Deshalb stellt die Rednerin auch den Antrag, die Pflegebeiträge, Pflegegelder und Verpflegskosten wie auch die Geld- und Sachhaushilfen zu erhöhen. Sie bespricht sodann ausführlich das Kindergartenwesen. Die sogenannten Pflichtkindergärten bedeuten insoweit eine Zwangsverpflichtung für die Eltern als durch sie die Freiheit der elterlichen Erziehung, das Recht der Eltern, eingeschränkt wird. Eine weitere Gefahr liegt in ihnen auch darin, dass zwischen dem Kind und der Mutter eine Entfremdung eintritt. Ganz besonders für solche Mütter, die, obwohl sie den ganzen Tag zuhause sind, trotzdem ihr Kind den Kindergärten, wie sich solche in verschiedenen Gemeindegäusen befinden, anvertrauen. Die wichtigste Zeit für die Betätigung der Mutterliebe geht dadurch verloren. Frau Gemeinderätin Schlösinger wendet sich nun den verschiedenen Methoden der Kindererziehung zu. Sie bespricht das Montessori-System, für das in der letzten Zeit ungeheure Propaganda gemacht wurde, verweist auf die Mängel dieses Systems hauptsächlich darauf, dass das Gemütsleben vollkommen vernachlässigt werde. Es sei die ablehnende Haltung der Kindergärtnerinnen gegen dieses System zu verstehen. Die Kindergärtnerinnen wollen den deutschen Fröbelkindergärten nicht Preis geben gegen das System der Italienerin. Fröbel hat das deutsche Lied und Märchen an erste Stelle gesetzt, er will den Kindern einen Schatz der deutschen Lieder vermitteln. Nach dem Montessori System gehen die Kinder auf gezeichneten Linien, einen wirklichen Gesang gibt es nicht. Auch die Förderung der Muttersprache wird sehr vernachlässigt, ebenso die Erziehung zum Gehorsam. Weil aber Frau Montessori für die Sozialisierung der Kindererziehung eintritt, steht ihr die Gemeinderatsmehrheit sympatisch gegenüber. Den Kindergärtnerinnen die sich in sachlichen Besprechungen gegen die restlose Annahme des Systems Montessori ausgesprochen haben, soll hierfür herzlichst Dank gesagt werden. Man wird manche gute Gedanken aus dem Montessori System herausnehmen und sie dem bewährten alten Fröbelsystem einfügen können. Fröbels Methoden sind heute durchaus modern und viele gesunde Ideen der Frau Montessori sind von Fröbel schon vor hundert Jahren verwirklicht worden. Bei dieser Gelegenheit müsse auch erwähnt werden, dass aus den meisten Kindergärten das Gebet entfernt wurde, die Kinder dürfen nicht einmal mehr Grüss Gott sagen, man hat auch die religiösen Bilder entfernt, ja es darf nicht einmal mehr zu unseren christlichen Kindern vom Christkind gesprochen werden. Die Kindergärtnerinnen werden in ihrem Gewissen vergewaltigt und zur religionslosen Erziehung der Kleinen gezwungen. Alle Personalfragen werden auch hier vom parteipolitischen Standpunkt gelöst. Die Anstellung von Kindergärtnerinnen erfolgt nur nach parteipolitischen Erwägungen. Nur verlässliche Sozialdemokratinnen werden angestellt, die fachliche Befähigung ist gar oft Nebensache. Ueber die Kindergärten in den

Gemeindegäusen hört man mancherlei Klagen. Auch in den anderen Erziehungsanstalten der Gemeinde spielt der Parteigeist eine vorherrschende Rolle. In Eggenburg wird die Veredlung der Zöglinge nicht in richtiger Weise versucht. Ähnliche Misstände zeigen sich in den Waisenhäusern, deren Zöglinge am Schluss des Schuljahres korporativ zu den Kinderfreunden geführt worden sind und dort die Jugendweihe mitmachen mussten. Wenn die Jugend auf diese Weise beeinflusst wird, darf die Mehrheit nicht das Zeugnis beanspruchen, Beispielgebend in der Jugendfürsorge zu wirken. Rednerin stellt den Antrag: An den städtischen Kindergärten sind nur geprüfte Kindergärtnerinnen zu verwenden, Neuanstellungen und die Ernennung von Leiterinnen haben unter Heranziehung der Personalvertretung zu erfolgen. Den Leiterinnen städtischer Kindergärten ist eine entsprechende Leiterzulage sowie der Titel "Oberkindergärtnerin" zuzuerkennen. Rednerin schliesst: Im Allgemeinen wäre es sehr zu begrüßen, wenn die Fürsorgepolitik sich dahin ändern würde, dass sie sich wirklich auf sozialpolitische Grundsätze stellt und alles ausschaltet was der Parteipolitik dient (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

G. R. Wawerka (chr. soz.) bemerkt, die Mehrheit rühme sich der Arbeitslosigkeit durch die Aufführung von Gemeindebauten zu steuern. Die Christlichsozialen aber seien der Meinung, dass diese Fürsorge durch das harte System Breitner reichlich aufgewogen wird. Wenn die Mehrheit ihren engherzigen Standpunkt in der Steuerfrage aufgeben würde und sich entschliesse Ermässigungen eintreten zu lassen, werden diese Erleichterungen in erster Linie der Arbeiterschaft zu Gute kommen, weil der Betrieb kaufkräftiger wird und mehr Leute beschäftigt werden können. Zur Personalfrage übergehend erklärt Redner, dass die Zahl der Bediensteten auf den Gemeindefriedhöfen unzureichend sei. Gar oft müssen Leidtragende eines Trauerzuges auf den Totengräber viertelstundenlang warten. Der Aufsichtsdiener in den Friedhöfen liegt gleichfalls sehr im Argen und infolgedessen häufen sich die Diebstähle. Zu den sachlichen Ausführungen des Referenten über die offene Fürsorge bemerkt Redner, dass die Fürsorge räte, die doch nach besten Kräften ihre Pflicht tun und ihr Amt durch einen Eid beschworen haben, es ^{als} unerträglich empfinden, dass man über sie noch Kontrollen setze. Alle ihre Anträge werden missachtet, die Kontrollkommissionen haben augenscheinlich die Weisung Erhöhungen der Pfründen höchstens um vier Schilling pro Monat zuzulassen. Wo es nur geht, wird der Parteistandpunkt hervorgekehrt.

Zu der Stellungnahme des Stadtrates Dr. Tandler zum Quellenschutzgesetz bemerkt Gemeinderat Wawerka, dass sich viele Fachleute im Gegensatz zu Dr. Tandler befinden. Hofrat Dr. Kutschera-Eichberg hält es z. B. für ausgeschlossen, dass die Quellen durch den touristischen Verkehr im sogenannten Schutzgebiet verseucht werden können mit Bazillen. Es würde genügen, die unmittelbare Umgebung der Quellen zu ihrem Schutze abzusperren. 26.000 Hektar abzusperren hält er für absurd. Universitätsprofessor Hofrat Dr. August von Böhm nennt die Absperrungsmethode, die die Gemeinde Wien plant, für toll und auch der Chefgeologe Dr. Lukas Wagner ist anderer Meinung als Herr Professor Tandler. Wir haben nichts gegen Schutzmassnahmen und gegen ein Schutzgesetz einzuwenden. Aber wir müssen uns im Interesse der touristischen Welt gegen den Gedanken verwahren, dass im Quellengebiet weitgehende Absperrungen vorgenommen werden.

Abschliessend betont GR. Wawerka, dass die Fürsorge von den Sozialdemokraten politisiert wird und dass sie auch in der Fürsorge parteipolitische Propaganda betreiben. Professor Dr. Tandler, der vielleicht vieles anders machen möchte, aber nicht kann, ist eben ein Gefangener seiner Partei. Auch das Kapitel des Wohlfahrtswesens ist der Ausdruck des kulturkämpferischen Geistes und deshalb kann es nicht die Zustimmung der Opposition finden. (Beifall bei der Minderheit.) Da.

Nun gelangt GR. Dr. Plaschkes (Jüd. Nat.) zum Wort. Er beschwert sich darüber, dass die jüdischen Waisenhäuser und das jüdische Versorgungshaus nicht entsprechend unterstützt und der Verein der jüdischen Kinderfreunde, die jüdischen Kindergärten und Kinderhorte sowie die Fürsorgegemeinschaft Annitta Müller nicht entsprechend von der Gemeinde gefördert werden. In diesem Budget sind 95.000 Schilling als Einnahmen für den Judenfriedhof beim ersten Tor des Zentralfriedhofes eingestellt, die die israelitische Kultusgemeinschaft leisten müsse. Das ist eine ungeheure Belastung, die nicht gerechtfertigt ist. GR. Plaschkes stellt an die Gemeindeverwaltung das dringende Ersuchen, diese Härte abzustellen.

GR. Preyer (chr. soz.) wirft der Mehrheit vor, dass sie in den Versorgungshäusern ein parteipolitisches Regime eingerichtet hat. Die Pflinglinge werden gezwungen mit ihrer religiösen Ueberzeugung zu brechen und auf den Marxismus zu schwören. Schon jetzt werde mit den Wahlvorbereitungen dort begonnen. Die Leute erhalten Zwetschenknödel und Milchkaffee, Dinge, die sie auch früher erhalten haben. Es ist aber doch nur eine Pflicht der Gemeindeverwaltung, den alten Leuten eine ordentliche Nahrung zu geben. Sie aber heissen das Reform. Früher waren die Pflinglinge freie Menschen, heute sind sie Sklaven und müssen allen Dingen entsagen, die ihnen zur Lebensgewohnheit geworden sind.

Der Redner zitiert dann einige Stellen aus einer Broschüre des Magistrates über die städtischen Versorgungsheime, aus denen hervorgeht, dass die gegenwärtige Gemeindeverwaltung die Anstalt in Lainz mustergültig ausgestaltet hat. Lainz ist aber von der früheren Verwaltung errichtet worden und der Initiative des grossen Volksbürgermeisters Dr. Lueger entsprungen. Man missachtet die religiösen Gefühle der Pflinglinge, man hat die geistlichen Schwestern abgebaut, man erlaubt den alten Leuten nicht mehr, den Fronleichnamsumzug frei abzuhalten, sondern verbannt sie in die Kirche. Die Gründe, die für die geplante Auflassung des Bürgerversorgungshauses im 9. Bezirk vorgebracht werden, sind Scheingründe. Man soll die alten Leute in Ruhe lassen, in ihren Lebensgewohnheiten soll sie nicht aus dem lieb gewordenen Heim vertreiben. In Wirklichkeit soll dies geschehen, weil es durchwegs christlichsoziale Wähler sind, weil diese charakterfesten alten Leute nicht die Farbe wechseln wollen, nicht von ihrer Gesinnung und Religion lassen wollen. Nur aus Hass sollen sie vertrieben werden. Redner kritisiert dann die Zustände auf dem Zentralfriedhofe, der zu Ailerseelen mit den unzähligen Abfällen Papierschnitteln wie ein riesiger Misthaufen ausgesehen habe. Man kann für seine Reinigung nicht sorgen, weil Personalmangel herrscht. Der Zentralfriedhof ist auch ein Eldorado für die Diebe geworden. Bei den Ruhestätten der gefallenen Krieger habe man ein unmögliches Denkmal mit einem historischen Weib aufgestellt und dadurch die Gefühle dieser Helden in der ärgsten Art und Weise verhöhnt. Nur Hass gegen alles christliche gegen das wahre Vaterlandsempfinden zieht sich durch die ganze Politik der Mehrheit.

Stadtrat Professor Tandler erwidert auf die vorgebrachten Verwürfe, die, wie er sagt, sich durch den Mangel ihrer Stichhaltigkeit unschwer widerlegen lassen. Der Vorredner habe aus der Broschüre zu zitieren vergessen, wer dieses Haus gebaut hat, denn auf Seite 14 steht ausdrücklich verzeichnet, dass es im Jahre 1902 also zur Zeit der christlichsozialen Herrschaft errichtet wurde. Die Sozialdemokraten haben niemals behauptet, Lainz erbaut zu haben. Gegenüber der Behauptung Preyers, dass unter der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung Pflinglinge nach Ybbs verschickt werden, stelle er einfach fest, dass in Ybbs gar kein Versorgungshaus mehr bestehe. Infolge dessen könne man dorthin keine Pflinglinge mehr schicken. (Heiterkeit bei der Mehrheit). Im Jahre 1915 befanden sich in Lainz 3640 Pflinglinge, von denen sind 1106 verschickt worden, also jeder Dritte. Im Jahre 1925 waren in Lainz 5099 Pflinglinge, von ihnen wurden nur 895 verschickt. Vergleicht man diese beiden Ziffern, so muss man doch sagen: Bei dieser Fähigkeit für Transportunternehmungen sollte man uns doch in Ruhe lassen. Im Jahre 1914 wurden nach Mauerbach 206 Pflinglinge gegeben. Im Jahre 1920 nur 108, also nicht einmal die Hälfte.

GR. Kunschak: Damals war doch Krieg und ein grosser Teil des Hauses ist zwangsläufig geräumt worden.

StR. Tandler: Der Vorredner hat auch behauptet, dass der Stand der geistlichen Schwestern sich verringert habe. Ich stelle fest, dass früher in Lainz 113 waren und heute noch 113 dort tätig sind, man kann also von einem Abbau nicht sprechen.

GR. Müller (chr. soz.): Aber heute sind doch mehr Pflinglinge in Lainz, infolgedessen sind auch mehr Pflegeschwestern erforderlich.

StR. Professor Tandler: Gewiss. Aber hier wird immer gesagt, dass wir die Verpflichtung hätten, arbeitslose Menschen anzustellen. Sind sie wirklich der Meinung, dass wir es bei der grossen Zahl arbeitsloser Frauen verantworten können, diese Frauen draussen stehen zu lassen und Nerven anzustellen? (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

GR. Müller (chr. soz.): Die Aerzte verlangen doch selbst Nonnen.

StR. Professor Tandler: Der Herr Vorredner hat auch vom Schwindel gesprochen und gemeint, dass wir die Pflinglinge des Bürgerversorgungshauses hinaus haben wollen, weil sie christlichsoziale Wähler sind. Da möge man sich doch die Wählziffern vor Augen halten. Bei den letzten Nationalratswahlen haben in diesem Wahlkreis 22.325 sozialdemokratisch und 17.789 christlichsozial gewählt. Wollen sie die 350 Stimmen gratis und franko übernehmen und sie haben 18.000 christlichsoziale Stimmen. Und dazu glaubt Herr Gemeinderat Preyer brauchen wir einen Schwindel und Vorwand. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Der Vorsitzende GR. Weigl teilt mit, dass nunmehr die Beratung über den Voranschlag abgebrochen und die Gegenstände der Tagesordnung verhandelt werden.

Vizebgm. Emmerling berichtet, dass im Brauhaus der Stadt Wien Sudhauseinrichtungen samt allen notwendigen Nebenapparaten und Rohrleitungen sowie ein Anbau an das Sudhaus notwendig ist. Er beantragt daher einen Sachkredit von einer Million Schilling zu bewilligen, der aus dem Betriebsergebnissen des Jahre 1925 und 1926 zu bedecken ist.

G. B. Zimmerl (chr. soz) bekämpft diesen Antrag mit der Motivierung, dass es unzulässig ist, den Sachkredit aus dem Betriebsergebnis des Jahres 1925 zu bedecken. Er stellt den Antrag, den Antrag des Referenten zur ordnungsmässigen Antragstellung rückzuverweisen.

Der Antrag wird mit 39 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Nach dem Schlusswort des Referenten, der darauf verweist, dass auf Grund des Goldbilanzengesetzes die Bedeckung möglich sei, wird der Antrag angenommen.

G. R. Schön (soz. dem.) berichtet über den Ankauf des Hauses D'Orsaygasse Nummer 3 und ersucht den Kauf sowie den erforderlichen Zuschusskredit zu bewilligen.

G. R. Zimmerl (chr. soz.) weist nochmals auf den Antrag des Herrn Vizebürgermeisters Emmerling hin und wünscht, dass der Bürgermeister eine Aeusserung des Kontrollamtes einholen möge, ob der Antrag überhaupt möglich sei. Bezüglich des Hausankaufes bemängelt er, dass sich die Gemeinde Wien des Realitätenbüros des Dorotheums bedienen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen und die Sitzung um 3/4 neun Uhr abends geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag, fünf Uhr nachmittags, Tagesordnung Fortsetzung der Budgetdebatte.

14 jänner

14/1

27